

INTERVIEW

mit Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

„Integration gemeinsam gestalten“

Frau Böhmer, in Deutschland ist das Thema ‚Migration‘, so hat es den Anschein, in letzter Zeit sehr präsent, ob im Feuilleton oder im Unterhaltungsfernsehen. Hat die so genannte Mehrheitsgesellschaft (zu) lange die Augen vor der Tatsache verschlossen, dass Deutschland auch ein Einwanderungsland ist?

Ich glaube, wir haben uns viel zu lange mit theoretischen Debatten aufgehalten, statt die große Zukunftsaufgabe Integration praktisch anzupacken. Mit dem Nationalen Integrationsplan beschreiten wir nun endlich genau diesen Weg: Wir reden nicht mehr über Migrantinnen und Migranten, sondern gestalten Integration gemeinsam mit ihnen. Bund, Länder, Kommunen und die Bürgergesellschaft ziehen dabei an einem Strang, damit Deutschland das wird, was wir uns vorgenommen haben: ein Integrationsland.

Ihr Aufgabenfeld ist umfangreich, das Thema Integration von Migranten ist ein drängendes. Wo setzen Sie als Integrationsbeauftragte den Schwerpunkt Ihrer Arbeit?

Sprache und Bildung sind für mich die Schlüssel zur Integration. Nur wer unsere Sprache beherrscht, hat die Chance, einen guten Schul- und Berufsabschluss zu erlangen und seinen Platz in unserer Gesellschaft zu finden. Deshalb setzen wir im Nationalen Integrationsplan einen Schwerpunkt auf die möglichst frühe Sprachförderung und die Integration in Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt. Auch die Integrationskurse des Bundes, die schon jetzt mit 250.000 Teilnehmern in den ersten zwei Jahren sehr erfolgreich sind, werden im Zuge des Nationalen Integrationsplanes verbessert, damit noch mehr Migrantinnen und Migranten unsere Sprache gut lernen. Ich werde darüber hinaus im Laufe des Jahres ein bundesweites Netzwerk starten für Bildungspaten, die Migrantinnen und Migranten beim Erlernen unserer Sprache, beim Übergang von der Schule in den Beruf und bei der Ausbildung unterstützen.

Bundeskanzlerin Merkel stellt in diesen Tagen den Nationalen Integrationsplan der Öffentlichkeit vor. Sie haben den Prozess über ein Jahr gesteuert und relevante gesellschaftliche Gruppen an einen Tisch gebracht. War es ein anstrengendes Jahr?

Es war vor allem ein Jahr vieler neuer Erkenntnisse und interessanter Begegnungen mit sehr engagierten Menschen. Der Elan und die Begeisterung, mit der insbesondere die Vertreter der



Migrantinnen und Migranten an die Erarbeitung des Nationalen Integrationsplanes herangegangen sind, haben mir gezeigt: Es war genau der richtige Weg, sie mit an den Tisch zu holen und ihnen die Chance zu geben, selbst Verantwortung für eine bessere Integration zu übernehmen. Ich freue mich jetzt schon darauf, diesen fruchtbaren Dialog fortzusetzen.

Die zehn Arbeitsgruppen widmeten sich unter Ihrer Regie verschiedenen Themenfeldern. Ein Schwerpunkt der Arbeit: Medien - Vielfalt nutzen. Warum haben Sie diesem Themenfeld zentrale Bedeutung zugewiesen?

Die Medien sind das Fenster, durch das wir die Welt betrachten. Was wir über Menschen aus anderen Kulturen wissen, ist zum Großteil über die Medien vermittelt. Deshalb tragen sie besonders viel Verantwortung für das Gelingen von Integration. In der Vergangenheit wurde das Thema Integration zu oft nur unter negativen Gesichtspunkten beleuchtet. Mit dem Nationalen Integrationsplan wollen wir erreichen, dass sich die Medien dieser Thematik stärker aus einem positivem Blickwinkel nähern und die vielen guten Beispiele gelungener Integration einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen.

Sind aus dieser Arbeitsgruppe bereits Handlungsempfehlungen zu benennen?

Eine aus meiner Sicht sehr wichtige Selbstverpflichtung ist, mehr Migrantinnen und Migranten als Medienschaffende wirken zu lassen, ob als Schauspieler, Moderatoren, Redakteure oder technische Mitarbeiter. Eine zweite Verpflichtung lautet, →

INTERVIEW

Integration als Querschnittsthema in allen Sendungen, Formaten und Genres zu berücksichtigen, und zwar so, dass die positiven Aspekte stärker zur Geltung kommen, ohne die Probleme zu verschweigen. Eine dritte Selbstverpflichtung ist, die Forschung über das Mediennutzungsverhalten von Migrantinnen und Migranten zu verbessern. Nicht zuletzt leisten viele Medien aus den Herkunftsländern der Migranten einen wichtigen Beitrag, indem sie zum Beispiel Deutschkurse senden bzw. drucken und zweisprachigen Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

Wie verpflichtend sind die Handlungsempfehlungen?

So verpflichtend, dass ARD und ZDF mit der Vorlage der Studie „Migranten und Medien 2007“ eine Selbstverpflichtung bereits eingelöst haben, bevor der Nationale Integrationsplan veröffentlicht ist. Durch die Studie wissen wir nun genauer, wie Migrantinnen und Migranten aus unterschiedlichen Herkunftsländern die Medien nutzen, und die Sender und Verlage können ihr Angebot entsprechend ausrichten. Es ist wichtig, dass Zugewanderte neben Medien aus ihren Herkunftsländern auch deutsche Medien nutzen, denn so lernen sie unser Land und unsere Sprache besser kennen.

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund werden in Deutschland offenkundig im Bildungsbereich benachteiligt - so zumindest die Einschätzung des UN-Sonderbeauftragten für Bildung, Vernor Muñoz. Wie schätzen Sie die Lage der Heranwachsenden in Deutschland ein?

Tatsache ist: Viel zu viele Jungen und Mädchen aus Zuwandererfamilien kommen mit schlechten Deutschkenntnissen in die Schule. Dadurch haben sie z.B. auch größere Schwierigkeiten, Mathematikaufgaben zu lösen oder dem Erdkundeunterricht zu folgen. Am Ende erreichen sie schlechtere oder schlimmstenfalls gar keine Schulabschlüsse, obwohl sie eigentlich genauso begabt sind wie ihre deutschen Mitschülerinnen und Mitschüler. Hier müssen wir dringend umsteuern, etwa mit Sprachstandstests und rechtzeitiger Förderung vor der Einschulung. Dazu haben sich die Länder im Nationalen Integrationsplan verpflichtet, außerdem wollen sie Schulen mit hohem Migrantenanteil besonders fördern und mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund einstellen - alles wichtige Maßnahmen, um die Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern aus Zuwandererfamilien zu verbessern. Nicht zuletzt müssen wir die Eltern stärker einbeziehen. Die Teilnehmerinnen

und Teilnehmer unseres Jugend-Integrationsgipfels Anfang Mai haben es auf den Punkt gebracht: Eltern haften für ihre Kinder mit.

Wäre die Abkehr vom dreigliedrigen Schulsystem für Sie ein Beitrag zur Lösung des Problems?

Die Länder haben sich dazu verpflichtet, die Zahl Jugendlicher mit Migrationshintergrund, die in höhere Schulen wechseln, innerhalb der nächsten fünf Jahre deutlich zu erhöhen und an die Übergangsquote aller Jugendlichen anzugleichen. Und auch Hauptschulen können gute Chancen bieten. Kürzlich hat der Bundespräsident die besten Hauptschulen Deutschlands für ihre innovativen Konzepte zur Förderung der Schülerinnen und Schüler ausgezeichnet. Solche Beispiele sollten Schule machen! ■

Die Fragen stellte Ursula Porwol